

Moral oder Politik
Politik und Moral

Ein Schaustück zur didaktischen Verwendung in der Lehre

Jürgen Bellers,
Markus Porsche-Ludwig

**Moral oder Politik
Politik und Moral**

**Ein Schaustück
zur didaktischen Verwendung
in der Lehre**

Verlag Traugott Bautz GmbH
Nordhausen 2020

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

© Verlag Traugott Bautz GmbH
99734 Nordhausen 2020
ISBN 978-3-95948-464-0

Vorwort

Politik und Moral stehen auch in Demokratien im Widerspruch, insbesondere die Außenpolitik. Muss man primär für die Menschenrechte weltweit kämpfen, oder haben die eigene Bevölkerung und der eigene Nationalstaat Vorrang? In diesem Spannungsfeld steht insbesondere Außenpolitik ständig. Es klingt zwar hehr und idealistisch, für alle da zu sein, aber fassen die anderen Staaten die Entwicklungshilfe nicht als illegitime Intervention auf, so dass sich die Beziehungen der beiden Staaten verschlechtern?

Realistischer ist es daher, zunächst die beiderseitigen nationalen Interessen abzustimmen, einen diplomatischen Kompromiss zu finden, in dem die Machtinteressen abgestimmt werden, d.h. z.B. keine Intervention in innere Angelegenheiten der Staaten, nur humanitäre (keine politischen) Menschenrechtshilfen usw. Dann kann das Gesamte vielleicht gelingen.

Die Bundesregierung hat dies zu Beginn der 1970er Jahre weitgehend beachtet, auch wenn ein Menschenrechtsimperialismus zuweilen aufkam. Aber man musste feststellen, dass je mehr man die Menschenrechte im Osten betonte, umso mehr erstarrte die östliche Position und stagnierten Verhandlungen.

Dieser Problemkomplex wird hier in einem Schauspiel anhand der deutschen Ostpolitik in den 1970ern aufgezeigt.

Siegen und Hualien, im Januar 2020

Jürgen Bellers & Markus Porsche-Ludwig

INHALTSÜBERSICHT

1. Szene:	Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers 1969 im Bundestag	9
2. Szene:	Im Bundeskanzleramt	21
3. Szene:	Am Infostand: Der SPD-Vorsitzende	25
4. Szene:	Viermächtekonferenz in Berlin	26
5. Szene:	Die innere Opposition gegen die Ostpolitik	27
6. Szene:	Schiller-Hymne	56
7. Szene:	Brandts Entspannungspolitik ist eine Gratwan- derung	59
8. Szene:	Ostpolitik in Bildern	63
9. Szene:	Günter Guillaume 1974	68
	<i>Abkürzungen</i>	69
	<i>Die Autoren</i>	70

1. Szene:

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers 1969 im Bundestag

[...] Diese Regierung geht davon aus, daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch.

[Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der CDU/CSU.]

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das **Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands** aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und ihrem Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung; für den Frieden unter uns und in Europa. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Dies ist nicht nur ein deutsches Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis. Unsere und unserer Freunde Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR hängt nicht zuletzt von der Haltung Ostberlins selbst ab. Im übrigen wollen wir unseren Landsleuten die Vorteile des internationalen Handels und Kulturaustausches nicht schmälern.

Die Bundesregierung setzt die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger und seine Regierung eingeleitete Politik fort und bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch

wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.

[Beifall bei den Regierungsparteien. – Unruhe bei der CDU/CSU.]

Anknüpfend an die Politik ihrer Vorgängerin erklärt die Bundesregierung, daß die Bereitschaft zu verbindlichen Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt auch gegenüber der DDR gilt.

Die Bundesregierung wird den USA, Großbritannien und Frankreich raten, die eingeleiteten Besprechungen mit der Sowjetunion über die Erleichterung und **Verbesserung der Lage Berlins** mit Nachdruck fortzusetzen. Der Status der unter der besonderen Verantwortung der Vier Mächte stehenden Stadt Berlin muß unangetastet bleiben. Dies darf nicht daran hindern, Erleichterungen für den Verkehr in und nach Berlin zu suchen. Die Lebensfähigkeit Berlins werden wir weiterhin sichern. West-Berlin muß die Möglichkeit bekommen, zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Teile Deutschlands beizutragen.

Wir begrüßen es, daß der **innerdeutsche Handel** wieder zunimmt. Hierzu haben auch die Erleichterungen beigetragen, die durch die Vereinbarung am 6. Dezember 1968 eingetreten sind. Die Bundesregierung hält einen weiteren Ausbau der nachbarlichen Handelsbeziehungen für wünschenswert. [...].

Bei alledem dürfen wir nicht vergessen: Nur der **Friede** macht unsere Welt sicher; nur auf der Grundlage der **Sicherheit** kann der Friede sich ausbreiten. Diese Erkenntnis teilen wir mit den meisten Völkern dieser Erde. Die Bundesregierung ist entschlossen, dazu den deutschen Anteil zu leisten im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortung in Europa und nach besten Kräften, die wir aber nicht überschätzen.

Wir werden die Initiative des Herrn Bundespräsidenten aufgreifen und die **Friedensforschung** – im Wissen um die begrenzte Zahl der dafür gegenwärtig zur Verfügung stehenden Kräfte – koordinieren, ohne die Unab-

hängigkeit dieser Arbeit zu beeinträchtigen. Wir wollen auch damit einen deutschen Beitrag für die Befriedung der von Krisen und Kriegen zerrissenen Welt leisten. Es liegt im nationalen Interesse, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken, damit die Völker ihre Umwelt besser verstehen. Professor Carl Friedrich von Weizsäcker hat sich bereit erklärt, der Bundesregierung auf diesem Gebiet beratend zur Seite zu stehen.

[Beifall bei den Regierungsparteien.]

Zur notwendigen internationalen Zusammenarbeit gehört der **Austausch geistiger Leistungen**. Die Darstellung der deutschen Kultur im Ausland wird sich künftig stärker darauf richten, anderen Völkern neben den unvergänglichen Leistungen der Vergangenheit ein Bild dessen zu vermitteln, was in dieser Zeit des Überganges auch in Deutschland an geistiger Auseinandersetzung und fruchtbarer Unruhe tägliche Wirklichkeit ist.

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre **Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens** im Geiste der Partnerschaft ausbauen.

Am Vorabend der zweiten Entwicklungsdekade erklärt sie: Wir werden zu einer gemeinsamen Strategie der Entwicklung beitragen und Anregungen aus dem Bericht der Pearson-Kommission in Betracht ziehen. Die Bundesregierung wird sich bemühen, das dort vorgesehene Ziel für die öffentlichen Leistungen an der **Entwicklungshilfe** durch eine Steigerungsrate von durchschnittlich 11% im Jahr zu erreichen. Wir werden Wege suchen, um Rückflüsse aus Mitteln der öffentlichen Kapitalhilfe wieder voll für Zwecke der Entwicklungshilfe zu verwenden. Die Zahl der deutschen **Entwicklungsexperten** und **Entwicklungshelfer** wird erhöht mit dem Ziel, sie bis zur Mitte der 70er Jahre zu verdoppeln. Die Bundesregierung wird fortfahren, die **Qualität der deutschen Hilfe** zu verbessern. Dazu wird sie Planung und Durchführung der Entwicklungshilfe vereinfachen und straffen. Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt ist nicht allein Sache des Staates. Daher wird die Bundesregierung auch alle nichtstaatlichen Initiativen fördern, die den Entwicklungsprozeß in diesen Ländern beschleunigen können.

Die Welt kann von einem wirtschaftlich starken Lande wie dem unsrigen eine liberale, den Handel aller Länder fördernde **Außenwirtschaftspolitik** erwarten. Dazu tragen wir durch unsere eigenen Bemühungen und durch unsere Beteiligung in allen mit dem Welthandel befaßten Organisationen bei. Ebenso wollen wir den Handel der Entwicklungsländer fördern; ich nenne hier nur die universellen Präferenzen für Waren aus den Entwicklungsländern.

Meine Damen und Herren, die **Außenpolitik** dieser Bundesregierung knüpft an die **Friedensnote vom März 1966** und die **Regierungserklärung vom Dezember 1966** an. Die in diesen Dokumenten niedergelegte Politik hat damals die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses erhalten. Der Wille zu Kontinuität und konsequenter Weiterentwicklung gestattet es, auf manche Wiederholung zu verzichten. Die Bundesregierung beabsichtigt, in den Vereinten Nationen, in ihren Sonderorganisationen und in anderen internationalen Organisationen verstärkt mitzuarbeiten. Dies gilt auch für weltweite Abkommen der **Abrüstung** und **Rüstungsbegrenzung**, die zunehmend Bedeutung gewinnen. Die Bundesregierung wird dabei die Politik fortsetzen, die ich als Außenminister am 3. September 1968 auf der Konferenz der Nichtnuklearmächte in Genf entwickelt habe.

Wir unterstreichen die grundsätzliche Bereitschaft, mit allen Staaten der Welt, die unseren Wunsch nach friedlicher Zusammenarbeit teilen, diplomatische Beziehungen zu unterhalten und die bestehenden Handelsbeziehungen zu verstärken. Die Bundesregierung lehnt jede Form von Diskriminierung, Unterdrückung und fremder Beherrschung ab, die das friedliche Zusammenleben der Völker auch in unseren Tagen immer von neuem gefährdet.

[Beifall bei den Regierungsparteien.]

Meine Damen und Herren, das **nordatlantische Bündnis**, das sich in den 20 Jahren seiner Existenz bewährt hat, gewährleistet auch in Zukunft unsere Sicherheit. Sein fester Zusammenhalt ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen. Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ernstesten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und

gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als **Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung**. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen.

Wir brauchen zu unserer Sicherheit Freunde und Verbündete, so wie sie zu ihrer Sicherheit uns und unseren Beitrag brauchen. Ohne gegenseitiges Vertrauen in die politische Stabilität dieser Einsicht sind weder Bündnis noch Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir werden deshalb in und gegenüber dem Bündnis die bisherige Politik fortsetzen und erwarten dies auch von unseren Bündnispartnern und von ihren Beiträgen zur gemeinsamen Sicherheitspolitik und zu den vereinbarten gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen.

So wie das westliche Bündnis defensiv ist, so ist auch unser eigener Beitrag dazu defensiv. Die **Bundeswehr** ist weder nach ihrer Erziehung und Struktur noch nach ihrer Bewaffnung und Ausrüstung für eine offensive Strategie geeignet. Die Bundesregierung wird an dem ihrer Verteidigungspolitik zugrunde liegenden **Defensivprinzip** keinen Zweifel lassen.

Meine Damen und Herren, die engen Bindungen zwischen uns und den **Vereinigten Staaten von Amerika** schließen für die Bundesregierung jeden Zweifel an der Verbindlichkeit der Verpflichtungen aus, die von den USA nach Vertrag und Überzeugung für Europa, für die Bundesrepublik und für Berlin übernommen worden sind. Unsere gemeinsamen Interessen bedürfen weder zusätzlicher Versicherungen noch sich wiederholender Erklärungen.

[Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.]

Sie sind tragfähig für eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft.

[Erneuter Beifall.]

Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit ihren Verbündeten konsequent für den **Abbau der militärischen Konfrontation in Europa** einsetzen. Sie wird zusammen mit ihnen auf gleichzeitige und ausgewogene Rüstungsbeschränkung und Truppenreduzierung in Ost und West hinwirken.

Zur Thematik einer **Konferenz, die der europäischen Sicherheit dienen soll**, bekräftigt die Bundesregierung die Haltung, die in dem am 12. September dieses Jahres in Helsinki übergebenen Memorandum eingenommen worden ist. Eine derartige Konferenz kann nach sorgfältiger Vorbereitung eine wichtige Etappe auf dem Wege zu größerer Sicherheit bei geringerer Rüstung und zu Fortschritten zwischen den Partnern Ost- und Westeuropas werden.

Unter den gegenwärtigen Spannungsherden ist der Konflikt im **Nahen Osten** besonders besorgniserregend. Die Bundesregierung meint, daß es im Interesse der betroffenen Völker läge, eine Lösung zu finden, wie sie in der Entschließung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967 angeboten wurde. Wir wünschen gute Beziehungen zu allen Staaten dieser Region und bestätigen zugleich die Entschlossenheit, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

[Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.]

Wir vereinigen uns mit allen Staaten und nicht zuletzt mit den gequälten, betroffenen Menschen in dem Wunsch, daß der **Krieg in Vietnam** endlich beendet wird durch eine politische Lösung, die von allen Beteiligten gebilligt werden kann. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, dann, wenn es soweit ist, am Wiederaufbau beider zerstörter Landesteile mitzuwirken.

[Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.]

Meine Damen und Herren, der bevorstehenden **Konferenz der Sechs in Den Haag** kommt eine besondere Bedeutung zu. Diese Konferenz der Sechs kann darüber entscheiden, ob Europa in den sachlichen miteinan-

der verknüpften Themen des inneren Ausbaus, der Vertiefung und der Erweiterung der Gemeinschaft entweder einen mutigen Schritt nach vorn tut oder aber in eine gefährliche Krise gerät. Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen.

[Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.]

Der deutsch-französische Gleichklang kann dabei au[s]schlaggebend sein. Die Bundesregierung ist bereit, den engen vertraglichen Bindungen jene Unverbrüchlichkeit zu verleihen, die beispielgebend sein sollte für die Art der Beziehungen, die zwischen europäischen Partnern heute hergestellt werden können.

Meine Damen und Herren, die **Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft** muß kommen. Sie, die Gemeinschaft, braucht Großbritannien ebenso wie die anderen beitrittswilligen Länder. Im Zusammenklang der europäischen Stimmen darf die britische keineswegs fehlen, wenn Europa sich nicht selbst schaden will.

[Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.]

Wir haben mit Befriedigung verfolgt, daß für die ausschlaggebenden Kräfte der britischen Politik weiterhin die Überzeugung gilt, Großbritannien brauche seinerseits Europa. Es ist an der Zeit, so meinen wir, den sicher schwierigen und vermutlich auch zeitraubenden Prozeß einzuleiten, an dessen Ende die Gemeinschaft auf einer breiteren Grundlage stehen wird. Im Zusammenhang damit wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Gemeinschaft **neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den Staaten** Europas entwickelt, die ihr nicht beitreten können oder wollen.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung einer engeren **politischen Zusammenarbeit in Europa** mit dem Ziel fördern, eine gemeinsame Haltung dieser Staaten in weltpolitischen Fragen Schritt um Schritt aufzubauen. Wir wissen uns darin auch besonders einig mit Italien und den Benelux-Staaten.

Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem **Westen** und dem **Osten** zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

Aber auf diesem Hintergrund sage ich mit starker Betonung, daß das deutsche Volk Frieden braucht – den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes – auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens.

[Beifall bei allen Fraktionen.]

Zu einem ehrlichen Versuch der Verständigung sind wir bereit, damit die Folgen des Unheils überwunden werden können, das eine verbrecherische Clique über Europa gebracht hat.

Dabei geben wir uns keinen trügerischen Hoffnungen hin: Interessen, Machtverhältnisse und gesellschaftliche Unterschiede sind weder dialektisch aufzulösen, noch dürfen sie vernebelt werden. Aber unsere Gesprächspartner müssen auch dies wissen: Das **Recht auf Selbstbestimmung**, wie es in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist, gilt auch für das deutsche Volk.

[Beifall bei allen Fraktionen.]

Dieses Recht und der Wille, es zu behaupten, können kein Verhandlungsgegenstand sein.

[Allgemeiner Beifall.]

Wir sind frei von der Illusion, zu glauben, das Werk der Versöhnung sei leicht oder schnell zu vollenden. Es handelt sich um einen Prozeß; aber es ist an der Zeit, diesen Prozeß voranzubringen.

In Fortsetzung der Politik ihrer Vorgängerin erstrebt die Bundesregierung gleichmäßig verbindliche Abkommen über den gegenseitigen **Verzicht auf** Anwendung von oder Drohung mit **Gewalt**. Die Bereitschaft dazu gilt – ich darf es wiederholen – auch gegenüber der DDR. Ebenso unmißverständ-

lich will ich sagen, daß wir gegenüber der uns unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei zu den Abmachungen bereit sind, die über die Vergangenheit hinausführen.

[Beifall bei Abgeordneten der SPD.]

Die Politik des Gewaltverzichts, die die territoriale Integrität des jeweiligen Partners berücksichtigt, ist nach der festen Überzeugung der Bundesregierung ein entscheidender Beitrag zu einer Entspannung in Europa. Gewaltverzicht würde eine Atmosphäre schaffen, die weitere Schritte möglich macht.

Diesem Zweck dienen auch gemeinsame Bemühungen, um den Handel, die technische Kooperation und den kulturellen Austausch zu fördern.

Die Bundesregierung verzichtet heute bewußt darauf, über den in dieser Erklärung gesetzten Rahmen hinaus Festlegungen vorzunehmen

[Abg. Dr. Barzel: Hört! Hört!]

oder Formeln vorzutragen, welche die von ihr erstrebten Verhandlungen erschweren könnten.

[Beifall bei den Regierungsparteien.]

Sie ist sich bewußt, daß es Fortschritte nur geben kann, wenn es neben unserer Bereitschaft auch eine kooperative Haltung in den Hauptstädten der Staaten des Warschauer Vertrages gibt.

Meine Damen und Herren, kurzfristig wird die Bundesregierung eine Reihe von Entscheidungen treffen, die ihren Willen zur kontinuierlichen und konsequenten Weiterführung der bisherigen Politik beispielhaft deutlich machen:

Erstens. Die Bundesregierung wird auf der Konferenz in Den Haag darauf hinwirken, daß wirksame Maßnahmen zur **Vertiefung und Erweiterung**

der Gemeinschaft und zur verstärkten politischen Zusammenarbeit eingeleitet werden.

Zweitens. Sie wird das Angebot der Vereinigten Staaten von Amerika aufgreifen, die deutsche industrielle Leistungskraft auf begrenzten Gebieten der **Weltraumforschung** zu beteiligen.

Drittens. Sie wird sich aktiv an den Arbeiten des vom Rat der Nordatlantiktaktorganisation eingesetzten Ausschusses für die **Probleme der modernen Gesellschaft** beteiligen.

Viertens. Sie wird demnächst das sowjetische Aide-mémoire zum Thema **Gewaltverzicht** beantworten und einen Termin für die von der Sowjetunion angeregten Verhandlungen in Moskau vorschlagen.

Fünftens. Sie wird der Regierung der Volksrepublik **Polen** einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, mit dem sie die Ausführungen Wladislaw Gomulkas vom 17. Mai dieses Jahres beantwortet.

[Abg. Dr. Barzel: Dazu hätte das Parlament gern etwas gehört!]

Sechstens. Sie wird den Vertrag über die **Nichtverbreitung von Atomwaffen** unterzeichnen, sobald – entsprechend den Beschlüssen der letzten Bundesregierung – die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind.

[Beifall bei den Regierungsparteien. – Lachen bei der CDU/CSU.]

– Meine Damen und Herren, wenn nicht gerade heute darüber in Washington gesprochen würde, würde ich auf die höhnischen Zurufe von soeben antworten. Ich verzichte darauf, zu antworten, weil mir am Erfolg der Verhandlungen liegt und nicht an der Polemik in diesem Augenblick. Das können wir auch morgen noch machen.

[Beifall bei den Regierungsparteien.]

Polemisieren dazu können wir auch noch morgen oder übermorgen.

[Zuruf von der CDU/CSU: Schulmeister! – Abg. Dr. Barzel: Herr Kollege Brandt, bringen Sie bitte eins nicht durcheinander: Wir legen Wert darauf, zu wissen, welches Angebot Sie Polen machen werden! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.]

– Es ging jetzt nicht um Polen, es ging um den NV-Vertrag.

[Abg. Dr. Barzel: Unsere Unruhe begann bei Polen, wo wir etwas mehr wissen wollen!]

– Ich habe Ihnen das dazu gesagt, was heute im Rahmen der Regierungserklärung zu sagen ist.

[Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Dr. Barzel: Aber zu wenig!]

Meine Damen und Herren! Diese Regierung redet niemandem nach dem Mund.

[Lachen bei der CDU/CSU.]

Sie fordert viel, nicht nur von anderen, sondern auch von sich selbst.

[Beifall bei den Regierungsparteien.]

Sie setzt konkrete Ziele. Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn sich manches im Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat und seiner Regierung ändert.

Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom **demokratischen Engagement der Bürger**. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz.

[Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.]

Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.

[Beifall bei den Regierungsparteien.]

Das Selbstbewußtsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben.

[Lachen bei der CDU/CSU.]

Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte.

[Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.]

Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben manche in diesem Land befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je.

Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.

[Abg. Dr. Barzel: Aber Herr Brandt! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.]

Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Inneren und nach außen.

[Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, 28. Oktober 1969, Stenografischer Bericht, S. 21; 30 ff.]

2. Szene:
Im Bundeskanzleramt

[ein großer Raum im Bauhausstil, alles weiß, in der Sitzecke ein Gespräch zwischen dem amerikanischen Sicherheitsberater, dem Bundeskanzler und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt]

S = Sicherheitsberater BK = Bundeskanzler AA = Auswärtiges Amt

S: Wir haben im Foreign Department Ihre Regierungserklärung aufmerksam gelesen, wir sind weitgehend einverstanden, haben aber auch Bedenken. Allein schon der emphatische Ton! Es klingt wie die Weihnachtsbotschaft. Aber es gibt nicht nur Frieden. Frieden ist nicht das höchste Gut, sondern die Freiheit, die wir im Zweiten Weltkrieg verteidigt haben. Das gilt auch, da es weiter den Kalten Krieg zwischen dem freien Westen und der kommunistisch-totalitären Sowjetunion gibt. Aber davon kann ich in der Regierungserklärung nichts lesen. Das ist gefährlich, denn eine Mittelmacht kann schnell in den sowjetischen Einflussbereich abdriften.

BK: Aber die USA verhandeln auch mit der UdSSR.

S: Das können Sie nicht vergleichen. Die USA sind dem Ostblock in jeder Hinsicht überlegen, aber gegenwärtig ein wenig durch den Vietnamkrieg geschwächt, der ja langsam zu Ende geht. Die Bundesrepublik ist nur stark durch das Bündnis mit den USA in der Nato. Eigenständige Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau können deshalb nicht erfolgreich sein, sie sind gefährlich, das sehen auch Paris und London so, die ohnehin nicht die Wiedervereinigung Deutschlands wollen. Zumal haben Sie bisher mit keinem Wort geklärt, was mit den heute polnischen, vormals deutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße geschehen soll.

AA: Ich glaube, Sie interpretieren zu viel in die Regierungserklärung hinein, nämlich das, was so die Geheimdienste munkeln. Aber wir haben eher das Problem, dass zu viel Informationen aus Bonn in Moskau landen. Wir wissen aber die Quelle nicht.

S: Haben Sie nicht einen Fraktionsvorsitzenden in der Koalition, der oft nach Ost-Berlin fährt?

BK [empört]: Das ist unverschämt. Alle Sozialdemokraten sind vaterländisch treu – seit jeher!

S: Aber Sie machen in Ihrer Regierungserklärung nebulöse Andeutungen, wie: Die DDR und die Bundesrepublik sind zwei deutsche Staaten, die aber nicht Ausland füreinander sind. Es gäbe keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Wenn das funktionieren soll, müsste Moskau aber erhebliche Zugeständnisse machen. Aber mit was wollen Sie das zahlen? Keine Leistung ohne Gegenleistung, ist der Grundsatz der Diplomatie. Man sollte auch beim Gegner nicht zuviel an Friedfertigkeit vermuten, sagt der Realismus. Jeder Staat will in der internationalen Politik seine Macht ausdehnen. Alles andere Gerede ist Ideologie – auch im Westen. Das setzt der Moral und der Güte Grenzen. Wer zu moralisch wird, wird von den Anderen gefressen. Dem kann man nur begegnen, wenn man zumindest mit dem Gegner gleich mächtig ist. Denn notfalls muss man auf die Aggressivität des Gegners militärisch antworten.

AA: Wir haben seit 1968 im Auswärtigen Amt diverse Alternativen zur deutschen Ostpolitik durchdiskutiert:

1. Es bleibt bei der Außenpolitik Adenauers: keine Beziehungen zur DDR als Unrechtssystem. Aufbau der ökonomischen und militärischen Stärke des Westens. Dadurch Ende des Ostblocks, mit der Folge der deutschen Wiedervereinigung. Das hat nun 20 Jahre lang nicht geklappt. Das ist Beweis genug.
2. Engere wirtschaftliche und politische Beziehungen zur DDR und zur UdSSR. Das könnte eine Annäherung beider Seiten bewirken, mit der Folge, dass dann auch Schritte zur Wiedervereinigung unternommen werden können. Nach der Konvergenztheorie wan-